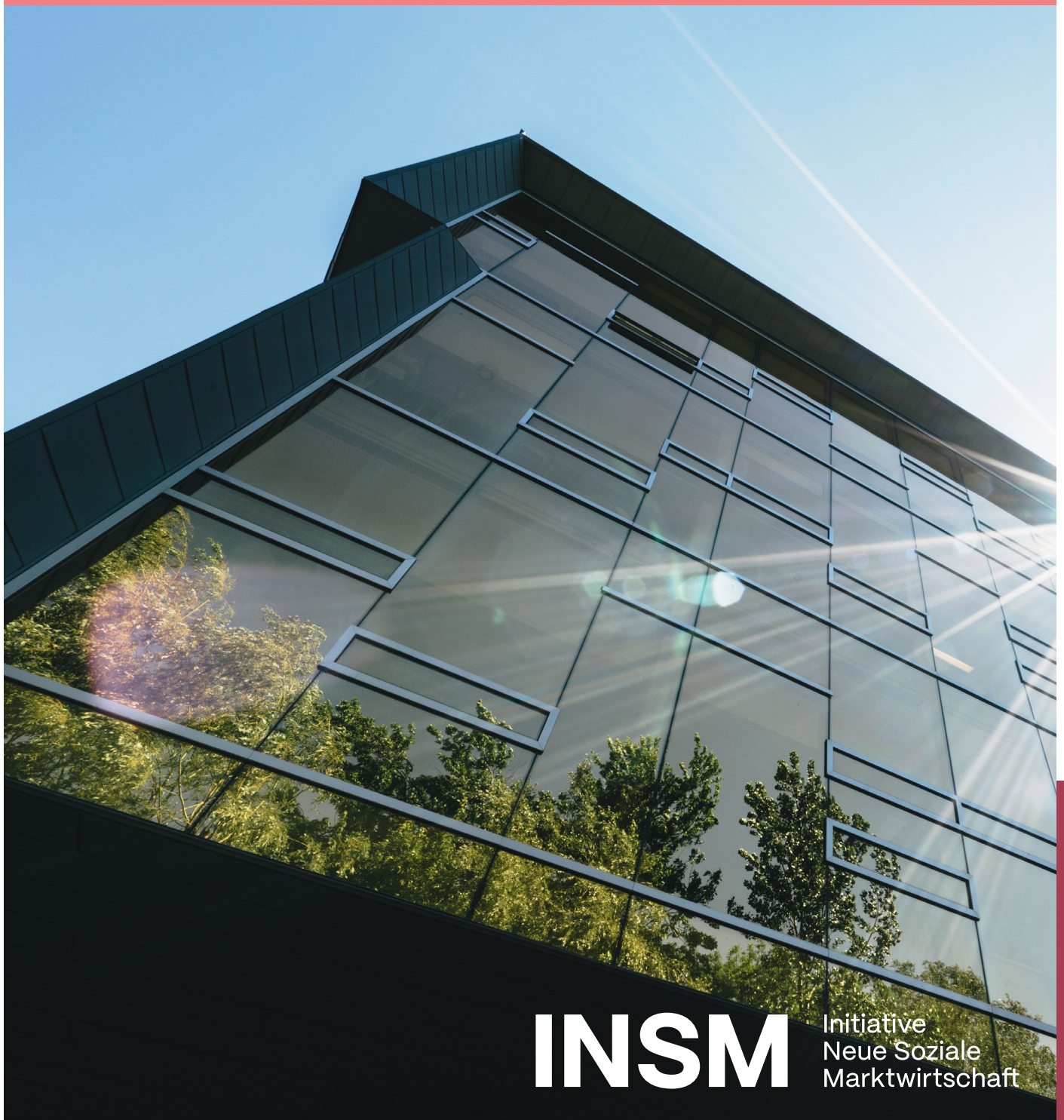


Aktionsprogramm der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft



INSM

Initiative
Neue Soziale
Marktwirtschaft

Inhalt

- 3 Präambel**
- 4 Arbeitsmarkt**
- 6 Steuern & Finanzen**
- 8 Sozialversicherungen**
- 12 Energie & Klima**
- 14 Bildung**
- 16 Bürokratie &
Digitalisierung**

Präambel

Denken wir Growth.

Inflation. Rezession. Stagnation. Depression.

Wir sind Ex-Exportweltmeister. Und gleichzeitig das einzige OECD-Land, in dem die Wirtschaft schrumpft, außer Argentinien. Die Lage ist ernst – nur die Politik scheint das noch nicht begriffen zu haben.

Zeit für die INSM, sich neu zu erfinden. Zeit dahin zu gehen, wo es weh tut. Nämlich überall.

Zeit, die Stimme der deutschen Wirtschaft zu verstärken. Und dort hörbar zu machen, wo sie fehlt. Zeit, nicht nur Stimme der Wirtschaft zu sein. Sondern die Stimme der Vernunft.

Denn wir sind überzeugt:

Ohne Wachstum, kein Sozialstaat, keine Bildung, kein Klimaschutz.

Ohne Wachstum, keine Sicherheit, keine Freiheit.

Ohne Wachstum ist alles nichts. Mit Wachstum ist alles möglich.

Denken wir Growth.

Neue. Soziale. Marktwirtschaft.



Ohne Arbeit kein Wohlstand — einfache Rechnung? Finden wir auch. Umso schlimmer für die mehr als 2,5 Millionen Arbeitslosen, die es in Deutschland aktuell gibt. Sie sind die Hauptleidtragenden einer Arbeitsmarktpolitik, die den Fokus verloren hat: gute Arbeit für alle. Und die Zeit drängt: Denn je länger man erst einmal aus dem Job raus ist, desto schwerer ist es, den Weg ins Berufsleben zurückzufinden. Gleichzeitig sucht unsere Wirtschaft händeringend nach Arbeitskräften. Aktuell gibt es mehr als 1,7 Millionen offene Stellen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Der Fachkräftemangel wird immer mehr zum Wachstumshemmnis. Es gibt also genug zu tun: Nur wie bringen wir beide Seiten zusammen?

Unsere Ziele:

**Arbeitslosigkeit auf unter 2 Millionen bringen.
Fachkräftemangel entgegenwirken.**

Unsere Vorschläge:

Vorbeschäftigungsverbot aussetzen:

In der aktuellen wirtschaftlichen Lage scheuen Unternehmen das Risiko unbefristeter Wiedereinstellungen. Wir sollten es ihnen deshalb erleichtern, Mitarbeiter wieder befristet zu beschäftigen, indem das Vorbeschäftigungsverbot bis zur vollständigen gesamtwirtschaftlichen Erholung ausgesetzt wird. Damit hilft man auch Rentnern, nach Beginn der Rente befristet wieder in ihre Unternehmen zurückzukehren.

Bezahlte Überstunden steuerfrei machen:

Viele Arbeitnehmer in Deutschland würden gerne etwas mehr arbeiten — wenn sich diese Mehrarbeit dann auch auszahlt. Aktuell lohnt sich eher der steuerfreie Minijob als die voll versteuerte Überstunde in der Haupttätigkeit. Aus unserer Sicht ein Fehlanreiz. Der Staat sollte nicht die Fleißigen bestrafen, sondern Mehrarbeit ab der 40. Wochenarbeitsstunde von der Steuer befreien: Mehr Netto-Gehalt für die Beschäftigten, mehr Arbeitskraft für die Betriebe und mehr Wertschöpfung für die Gesellschaft.

Verzicht auf politisch gesetzten Mindestlohn:

Wahlgeschenke haben immer einen Haken: Irgendwer muss sie am Ende bezahlen. Ein Wahlgeschenk auf Kosten von Wirtschaft und Verbrauchern hat uns auch den politisch gesetzten Mindestlohn von 12 Euro beschert. Schon geht die Diskussion um neue Erhöhungen weiter. Wir finden, dass die Politik an der ausgewogen besetzten Mindestlohnkommission festhalten muss. Und dass der Anstieg des Mindestlohns anhand der Entwicklung der Tariflöhne bestimmt werden sollte. Wir sagen nicht, dass 12, 13 oder 14 Euro zu viel sind. Wir sagen nur: Nicht Politiker sollen das bestimmen, sondern die Experten der Tarifpartner.

Umstellung auf wöchentliche Höchstarbeitszeit:

Gerade unter jungen Menschen ist der 9-to-5-Job ein Kampfbegriff geworden. Er gilt als spießig und starr, lässt keinen Platz für Kreativität. Hier braucht es mehr Flexibilität: Die Höchstarbeitszeit im Arbeitszeitgesetz sollte im Einklang mit der europäischen Arbeitszeitrichtlinie von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit umgestellt werden. Dies erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wird modernen Anforderungen an flexible Arbeitsplatzgestaltung gerecht, ohne den Gesundheitsschutz zu gefährden.

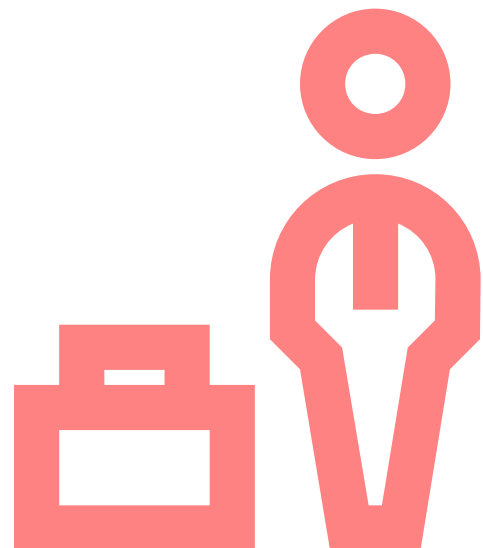
Homeoffice ja, Homeoffice-Anspruch nein:

Homeoffice kann richtig schön sein: Das weiß jeder, der schon einmal den 11-Uhr Call im Schlafanzug erledigt hat. Aber was der beste Arbeitsmodus für eine Tätigkeit ist, sollte weiterhin tarifvertraglich, betrieblich oder individualvertraglich geregelt werden. Das geht den Gesetzgeber nichts an. Arbeitnehmer, denen das wichtig ist, werden sicher Arbeitgeber finden, die das ermöglichen.

Auf einen formellen Rechtsanspruch auf Homeoffice sollte daher verzichtet werden.

Fachkräftezuwanderung erleichtern:

Alle sprechen davon, aber es passiert (zu) wenig. Denn obwohl unsere Wirtschaft dringend Fachkräfte aus dem Ausland braucht, ist Deutschland hier oft wenig attraktiv: Ausufernde Bürokratie, lange Visaverfahren, und zu hohe Abgaben auf das Gehalt machen Deutschland unattraktiv für echte Fachkräfte. Die Politik hat das Problem erkannt — aber läuft in die falsche Richtung. Denn es braucht nicht etwa neue Visa-Formate, wie die Bundesregierung sie plant. Nicht neue Regeln helfen, sondern weniger (und schnellere) Bürokratie ist die Lösung: mit einer Bundeseinwanderungsbehörde statt lokaler überforderter Ausländerämter, speziellen Anwerbestellen in den deutschen Auslandsvertretungen, mit einer leichteren Anerkennung ausländischer Abschlüsse bzw. von Job-Kompetenzen und einer konsequenten Digitalisierung der Prozesse können wir das Ruder herumreißen. Außerdem braucht es endlich eine Abkehr vom Zeitarbeitsverbot für Drittstaatenangehörige, denn die Zeitarbeitsfirmen sind Rekrutierungs- und Vermittlungsprofis und haben übrigens auch die höchste Tarifbindung.



Steuern & Finanzen



Über Steuern haben sich schon viele große Denker den Kopf zerbrochen. Der Dichter Novalis meinte im 18. Jahrhundert: „Man soll dem Staat seine Steuern zahlen, wie man seiner Geliebten einen Blumenstrauß schenkt.“ Aus libertären Kreisen hört man hingegen oft das Credo „Steuern sind Raub“. Wir glauben: Steuern sollte man weder romantisieren noch verteufeln. Denn ohne Steuern gibt es keinen Sozialstaat, keine Sicherheit, keine Bildung, keinen Klimaschutz. Gleichzeitig haben wir Bürger das Recht, dass die Politik uns nicht zu viel von unserem Erarbeiteten wegnimmt und verantwortungsvoll mit unserem Geld umgeht.

Unsere Ziele:

Steuern für Bürger und Unternehmen senken.

Keine neuen Schulden.

Mehr Steuermittel für Investitionen, weniger für Konsum und ineffektive Sozialtransfers.

Inflation dauerhaft unter 2 Prozent halten.

Unsere Vorschläge:

Steuerlast für alle senken:

Zumindest in einer Statistik spielt Deutschland immer noch ganz vorne mit: Von allen OECD-Staaten zahlen nur die Belgier noch mehr Steuern und Abgaben auf ihr Einkommen. Auf diese Platzierung sollten wir aber nicht stolz sein. Fakt ist: In Deutschland muss man viel zu früh den Spitzensteuersatz zahlen – in Steuerklasse 1 schon etwa beim eineinhalbfachen Durchschnitts-

gehalt. Das ist ungerecht und realitätsfern. Stattdessen braucht es eine Steuerentlastung in allen Einkommensklassen. Der Spitzensteuersatz darf erst ab 120.000 Euro Jahreseinkommen gelten. Insgesamt muss der Tarifverlauf im Einkommensteuerrecht geändert werden: Die Grenzsteuersätze dürfen bei unteren und mittleren Einkommen nicht so stark steigen, damit sich Mehrarbeit auch wirklich lohnt. Gleichzeitig

brauchen wir einen Tarif auf Rädern: Es muss gesetzlich fixiert werden, dass sich die Grenzsteuersätze mit der Inflation verschieben, damit Lohnerhöhungen, die die Inflation ausgleichen nicht überwiegend beim Staat landen und die Arbeitnehmer faktisch weniger Kaufkraft haben.

Soli endlich für alle abschaffen:

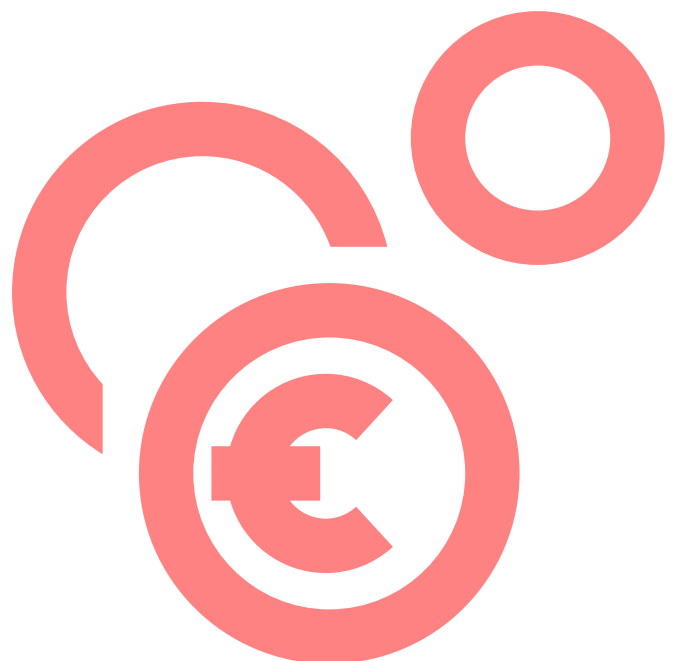
Der Solidaritätszuschlag ist für viele Menschen und vor allem für mittelständische Personenunternehmen noch immer in Kraft. Etwa 13 Milliarden Euro nimmt der Staat allein in diesem Jahr ein, mehr als in den beiden Vorjahren. Und das, obwohl der Soli-Zweck seit Jahren entfallen. Für uns ist klar: Das muss jetzt endlich enden.

An der Schuldenbremse festhalten:

Die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse muss in Zukunft wieder strenger eingehalten werden. Die Unsitte von Schattenhaushalten, die in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen haben, lehnen wir ab. Denn nur eine solide Haushaltsführung garantiert langfristig unsere Bonität und Kreditwürdigkeit im Ernstfall.

Investieren in eine gute Zukunft:

Nur 12 Prozent des aktuell diskutierten Bundeshaushalts sind für Investitionen vorgesehen. Ein peinlich geringer Wert. Um in Zukunft erfolgreicher zu sein, muss hier etwas passieren: 20 Prozent des Haushalts für Investitionen sollten die Zielmarke sein.



Sozialversicherungen



Unsere Sozialversicherungen sind eine der wichtigsten Errungenschaften unseres Staats. Sie geben uns die Sicherheit, dass wir in persönlichen Krisen versorgt sind: Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit. Und sie gewährleisten auch eine Grundversorgung im Alter. Damit verschaffen sie uns auch die Freiheit, einmal ein privates oder berufliches Risiko einzugehen. Als wichtige Säule der Sozialen Marktwirtschaft trugen die Sozialversicherungen in der Vergangenheit elementar zum Erfolg Deutschlands bei. Trotzdem sind die Sozialkassen in eine Schieflage geraten. Die gesetzliche Rentenkasse kann nur noch durch milliardenschwere Transfers aus dem Bundeshaushalt stabilisiert werden. Dabei stehen uns die größten demografischen Probleme erst noch bevor – und zwar unmittelbar. Wenn wir unsere Sozialversicherungssysteme auch langfristig erhalten wollen, müssen wir jetzt handeln!

Unser Ziel: Sozialabgaben unter 40 Prozent halten.

Unsere Vorschläge:

Zur Rentenversicherung

Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung koppeln:

Die Menschen werden immer älter. Und das ist eine richtig gute Nachricht. Trotzdem macht es für unser Rentensystem einen großen Unterschied, ob man bei gleicher Zeit im Arbeitsleben, danach 10, 20, 30 oder mehr Jahre Rente bezieht. Nur wenn wir das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung koppeln, können wir das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenbeziehern so stabilisieren,

dass die gesetzliche Rentenversicherung finanzierbar bleibt.

Doppelte Haltelinie auslaufen lassen:

Mit dem Rentenpaket 2018 wurde die sogenannte doppelte Haltelinie bis 2025 eingeführt. Das Rentenniveau darf bis dahin nicht unter 48 Prozent sinken und der Beitragssatz nicht über 20 Prozent steigen. Falls die Politik die Haltelinien über 2025 hinaus verlängern sollte, werden die Kosten stark ansteigen, da

dann die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer in Rente gehen und relativ wenige Jüngere als Beitragszahler nachrücken. Um die Lasten des demografischen Wandels möglichst gerecht auf alle Generationen zu verteilen, sollte deshalb an der früheren Grenze für das Rentenniveau von 43 Prozent festgehalten werden. Die Renten werden auch dann weiter steigen, nur etwas langsamer. Ein Sinken der Renten ist und bleibt gesetzlich ausgeschlossen.

Rente mit 63 abschaffen:

Die von der Großen Koalition beschlossene abschlagsfreie Rente für besonders langjährig Versicherte hat sich als Fehlläufer entpuppt. Denn statt Arbeitnehmern Erleichterung zu verschaffen, die besonders harte körperliche Arbeit leisten, profitieren vor allem Büroangestellte und gut verdienende Facharbeiter von der Regelung. Natürlich soll wie früher auch jeder nach 45 Beitragsjahren in Rente gehen können, aber dann eben mit Abschlägen. Denn das Frührentenprivileg wird von allen Arbeitnehmern, Arbeitgebern, den anderen Rentnern und den Steuerzahlern teuer bezahlt. Bei einer Abschaffung dieses Privilegs könnte der Beitragsatz bis Ende des Jahrzehnts auf dem heutigen Niveau von 18,6 Prozent stabilisiert werden, statt auf 19,1 Prozent zu steigen. Bereits 2025 würden so die Beitragszahler um rund 8 Milliarden Euro entlastet. Bei einem Durchschnittsverdiener mit 4.000 Euro Bruttolohn wären das jährlich 240 Euro weniger Sozialabgaben für ihn und seinen Arbeitgeber. Auch auf das Rentenniveau würde sich die Abschaffung positiv auswirken: Ein Rentner mit Bruttostandardrente würde im Jahr 2030 insgesamt 384 Euro mehr Rente bekommen.

Erwerbsminderungsrente:

Ein wichtiges Wesen der Sozialen Marktwirtschaft ist es denjenigen zu helfen,

die leisten wollen, aber nicht können. Deshalb müssen wir auch denjenigen, die sich kaputtgearbeitet haben, eine angemessene Rente zahlen. Der Dachdecker, dessen Rücken krumm ist, wird nämlich gar nicht bis 63 arbeiten können. Dafür müssen die Regelungen der Erwerbsminderungsrente überprüft und gegebenenfalls verbessert werden.

Alterssicherung von Selbstständigen gewährleisten:

Wir brauchen eine Mindestvorsorgepflicht für Selbstständige. Denn auch Selbstständige sollen im Alter nicht der Allgemeinheit zur Last fallen, wenn sie in der Grundsicherung landen. Dabei sollte den Selbstständigen weitgehend überlassen bleiben, wie sie für ihr Alter vorsorgen. Ausnahmeregelungen für Existenzgründer in der Start-up-Phase sind sinnvoll.

Private Altersversorgung ausbauen:

Die kapitalgedeckte Altersvorsorge zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung ist wichtig. Ein Baustein ist die Riesterrente. Diese muss deutlich entbürokratisiert werden: Einkommensdaten sollen automatisch über die Finanzämter erfasst und die Beiträge entsprechend automatisch angepasst werden, ohne dass jährliche Anträge oder Meldungen erforderlich sind. Die Beitragsgarantie sollte entfallen, damit auch Anlageprodukte mit höherer Rendite gewählt werden können. Einen Staatsfonds, eine Aktienrendite oder andere staatliche Kapitalsammelstellen lehnen wir ab, weil der Staat nicht besser ist als die Profis am Markt.

Zuverdienst im Alter attraktiver machen:

Wer neben seiner Rente noch dazuverdienen möchte, sollte dafür nicht bestraft werden. Wir fordern, dass ein steuerfreier Zuverdienst von bis zu 2.500 Euro möglich sein sollte – lediglich

die Sozialbeiträge wären dann noch fällig. Das ist gut für die Rentner, die noch arbeiten wollen und kann gleichzeitig dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Zur Arbeitslosenversicherung und zum Bürgergeld

Bürgergeld wieder abschaffen:

Das Bürgergeld ist vom Namen und von der Struktur falsch. Es bietet Fehlanreize zur Nichtarbeit. Es soll zugunsten des bisherigen Systems des Arbeitslosengeldes 2 mit wirksamen Sanktionen und schärferer Vermögensprüfung rückabgewickelt werden. Außerdem sollten arbeitsfähige Empfänger dieser Sozialleistung diese nur über Prepaid-Guthabekarten ausgezahlt bekommen. Wenn sie arbeiten, bekommen sie den Lohn als Barüberweisung.

Arbeitslosengeld I nicht verlängern:

Damit sich Arbeitslosigkeit nicht verfestigt und Anreize zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt bestehen, sollte die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I nicht verlängert werden.

Kurzarbeit kann helfen:

Dank Kurzarbeit konnten in der Corona-Krise Arbeitsplätze gesichert werden. Die Erfahrung aus der Finanzkrise 2008/09 hat gezeigt, dass dank Kurzarbeit auch das Wiederhochfahren der Wirtschaft zügig möglich ist. Damit sollte Kurzarbeit als eine wichtige Leistung der Arbeitslosenversicherung in der Krise zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes erhalten bleiben. Trotzdem sollte das Instrument mit Bedacht eingesetzt werden, da es auch Strukturen erhält, die nicht wettbewerbsfähig sind und Fachkräfte bindet, die womöglich woanders effektiver eingesetzt werden könnten.

Bundesagentur für Arbeit verschlanken:

Die Bundesagentur für Arbeit gehört zu den effizientesten Bundesbehörden. Trotzdem hat sie trotz relativ niedriger Arbeitslosenzahlen einen Stellenzuwachs. Das macht ihre Arbeit teurer, aber nicht besser. Die geringe Arbeitslosenzahl und die Vorteile der Digitalisierung müssen sich auch in geringerer Personalausstattung widerspiegeln.

Zur Krankenversicherung

Duales System erhalten:

Das duale System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung hat sich bewährt und muss erhalten bleiben. Privatversicherungen sind Innovationstreiber, wovon auch gesetzlich Versicherte profitieren.

Effizienzen heben:

Allein durch effizientere Verwaltung und die Digitalisierung von Prozessen, könnten Milliardenbeträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung eingespart werden.

Wohnortnahe Versorgung – ja, in jedem Dorf eine Klinik – leider nein:

Die Menschen auf dem Land haben auch einen Anspruch auf wohnortnahe medizinische Notfallversorgung. Dafür muss es aber nicht überall Krankenhäuser geben. Dies ist nicht nur unnötig teuer, sondern auch medizinisch riskant, wenn dort Fälle behandelt werden, für die es in kleinen Kliniken wenig oder keine Erfahrung gibt. Deshalb muss man stärkere Anreize für Landärzte, Praxismgemeinschaften und medizinische Versorgungszentren setzen, im Gegenzug ineffiziente Krankenhäuser mit zu wenig Fachexpertise schließen. Wenn eine Region das Krankenhaus trotzdem erhalten will, muss sie die Finanzierung sicherstellen.

Digitale Patientenakte endlich umsetzen:

Es ist wirklich nicht nachvollziehbar, dass nicht für jeden Patienten die Daten seiner Behandlungen in der Cloud liegen. Der Patient sollte dabei entscheiden dürfen, welcher Arzt oder Apotheker, auf seine Daten Zugriff hat. Das bringt klare medizinische Vorteile und zugleich Kosteneinsparungen, weil es Doppeluntersuchungen vermindert. Alle medizinischen Einrichtungen müssen verpflichtet werden, dieses Digitalisierungsprojekt umzusetzen.

Zur Pflegeversicherung

Nachhaltigkeitsfaktor einführen:

Analog zur Rentenformel muss ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Formel der Pflegeleistungen eingebaut werden. Dieser sorgt dafür, dass die Anpassungen der Pflegeleistungen gedämpft werden, wenn die Zahl der Pflegebedürftigen schneller wächst als die Zahl der Beitragszahler. Eine Vollversicherung oder regelmäßige Anpassung der Pflegeversicherung mit der Wachstumsrate der Löhne ist mittel- und langfristig nicht finanzierbar.

Eigenanteil bleibt:

Eigenanteile sollten weiterhin ein Bestandteil der Finanzierung von Pflegeleistungen sein. So kann verhindert werden, dass die Beitragssätze weiter steigen und die Pflegekosten auch für Menschen übernommen werden, die in der Lage sind, ihre Pflegekosten selbst zu tragen.

Private Vorsorge stärken:

Private Vorsorge soll in Zukunft auch in der Pflege eine größere Rolle spielen. So kann frühzeitig vorgesorgt und damit verhindert werden, dass Personen mit Pflegebedarf durch Eigenanteile finanziell überlastet werden. Das ist gut für die Rentner, die noch

arbeiten wollen und kann gleichzeitig dem Fachkräftemangel entgegenwirken. gigen Weg zurück in den Arbeitsmarkt zu finden.



Energie & Klima



Die Energiewende wurde vom geplanten Vorzeigeprojekt zur internationalen Lachnummer. Zwischen dem Wunsch, den Klimawandel zu bekämpfen, und der Wirklichkeit, es zu tun, klafft weiterhin eine große Lücke. Noch immer steigt der weltweite Ausstoß an klimaschädlichen Gasen. Gleichzeitig erreichen die Belastungen für Industrie und Privathaushalte durch steigende Energiepreise immer neue Höhen. Es gilt nun, beide Interessen zu versöhnen. Das Weltklima können wir nicht in Deutschland alleine retten. Aber wenn wir es schaffen, unsere Industrie so zu transformieren, dass sie weiter erfolgreich bleibt, dann inspirieren wir andere, mit uns gemeinsam das Klima zu schützen.

Unsere Ziele:

Deutschland soll der größte Innovationstreiber für Klimaschutz sein.

Wir heben Klimaschutz auf Weltniveau.

Wir wollen eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung.

Unsere Vorschläge:

Emissionszertifikatehandel sinnvoll ausbauen:

Der CO₂-Handel ist weltweit auf dem Vormarsch: Aktuell gibt es 25 größere Emissionshandelssysteme, 22 weitere sind in Planung. Trotzdem werden erst knapp 20 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes von diesen Systemen erfasst. In der EU sind es immerhin 45 Prozent – aber auch hier muss also noch einiges

passieren. Die Vorteile des CO₂-Handels liegen klar auf der Hand: Mit dem Emissionshandel bekommt CO₂-Ausstoß einen Preis, der am Markt gebildet wird. Dadurch, dass die Anzahl der handelbaren Zertifikate in jedem Jahr verringert wird, ist eine Absenkung des CO₂-Ausstoßes besser garantiert als mit jeder anderen Maßnahme. Zugleich steigt der Preis, so dass immer der effizienteste

Weg zum Klimaschutz gesucht wird. Jetzt gilt es, einen Schritt weiterzudenken. Denn die einzelnen CO₂-Handelssysteme sind zum überwiegenden Teil nicht miteinander vernetzt: Emissionsrechte zwischen China und Deutschland austauschen? Bisher unmöglich. Daher müssen wir jetzt darüber sprechen, regionale und nationale Systeme in ein globales System mit weltweit einheitlichem CO₂-Preis zu überführen. Auch die fehlenden Sektoren in Deutschland müssen schnellstmöglich in den EU-Emissionshandel überführt werden. Das erhöht die Innovationsdynamik, stärkt den globalen Handel und gleicht Standortnachteile aus. Eine Lösung kann zum Beispiel sein, Staaten, die sich dem Emissionshandel anschließen, Handelsvorteile zu gewähren. Der von den G7 2022 gegründete Klima-Club kann hier ein guter Startpunkt sein. Der wesentliche Unterschied zu anderen Kooperationen wie etwa dem Kyoto-Protokoll und dem Pariser Klimaabkommen besteht darin, dass sich Nichtmitglieder bei einer Club-Lösung schlechter stellen. Klimaschutz wird somit messbar belohnt.

Stromsteuer reduzieren:

Die CO₂-Bepreisung von Strom wird durch den europäischen Emissionszertifikatehandel abgedeckt. Daher muss die Stromsteuer auf den europäischen Mindestpreis von 1 Euro/MWh bei nicht-gewerblicher Nutzung bzw. 0,50 Euro/MWh bei gewerblicher Nutzung gesenkt werden, damit die privaten Stromverbraucher nicht weiterhin zwanzig mal so viel und die gewerblichen Stromverbraucher nicht vierzig mal so viel Steuern zahlen wie sie nach EU-Regeln müssten.

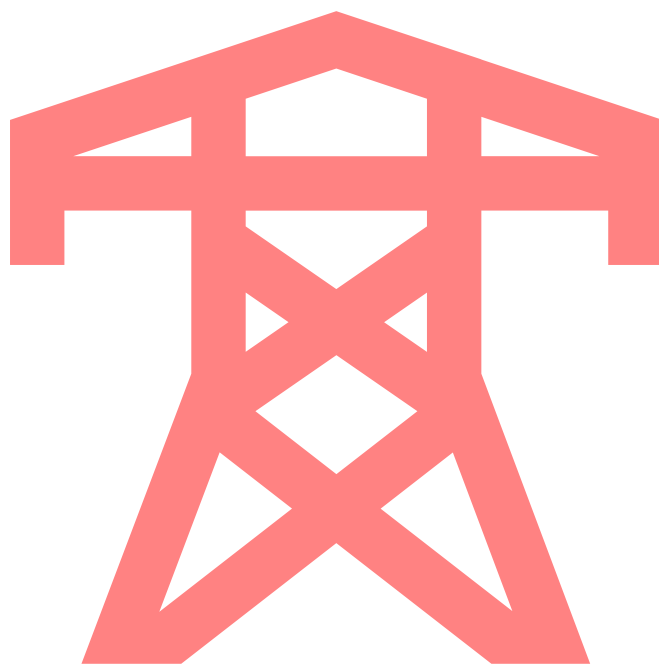
Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen:

Zur Beschleunigung der Energiewende sollten dem Infrastrukturausbau keine Steine in den Weg gelegt werden.

Regulierungen wie Abstandsregeln von Windrädern zu Wohngebieten sollten bundesweit zumindest vereinheitlicht werden. Zudem müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren optimiert werden. Damit erneuerbare Energien einen beständigen Beitrag zur Energieversorgung leisten können, müssen die Speicher und Netze synchron ausgebaut werden. EE-Förderung sollte an die Bereitstellung entsprechender Speicherkapazitäten gekoppelt werden.

Kernenergie-Forschung ausbauen:

In Ruanda soll der erste Dual-Fluid-Kernreaktor getestet werden. Die Technik dahinter wurde von einem deutsch-kanadischen Unternehmen in Berlin entwickelt – ein Testreaktor darf hier aber nicht gebaut werden. Das ist kurzsichtig und schadet Deutschland auch als Forschungs- und Entwicklungsstandort. Die Politik muss hier umdenken und die Forschung an ziviler Kerntechnologie wieder voll ermöglichen und ausbauen.



Bildung



Es gibt keine wichtigere Investition in die Zukunft als Bildung. Punkt. Müssen wir das ausführen? Bildung ermöglicht sozialen Aufstieg und Wohlstand. Der Zugang zur bestmöglichen Bildung für jedes Kind ist daher elementare Voraussetzung für eine liberale Demokratie. Deutschland hat im internationalen Vergleich ein ordentliches Bildungssystem. Aber es verdient ein großartiges.

Unsere Ziele:

**Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss halbieren.
Bildungsniveau kurzfristig wieder steigern.**

Unsere Vorschläge:

Frühkindliche Bildung stärken:

Die Weichen für eine Bildungskarriere werden früh gestellt: Was Kinder bis zur Einschulung lernen, prägt Studien zufolge ihr Leben und lässt sich später oft kaum nachholen. Einrichtungen für frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung sind damit wichtige Institutionen auf dem Weg zu mehr Chancengerechtigkeit am Arbeitsmarkt. Sie gilt es quantitativ und qualitativ deutlich auszubauen. Vor allem Kinder aus Familien mit geringer Bildung profitieren besonders von einer solchen frühkindlichen Förderung. Wir setzen uns für verbind-

liche Sprachstandserhebungen für alle Kinder, die 4 Jahre alte geworden sind, ein. Wer nicht teilnimmt oder zu geringe Deutschkenntnisse hat, muss verpflichtend – und damit auch sanktionsbewehrt – in die Vorschule. Die Qualität des Personals und damit die Betreuungsqualität in der frühkindlichen Bildung muss mit dem Aufbau des Betreuungsangebots Schritt halten. Das Personal in Kindertageseinrichtungen muss durch fortwährende Aus- und Weiterbildung besser auf die anspruchsvollen Aufgaben vorbereitet sein, wenn die frühkindliche Bildung die gewünschten Wirkungen entfalten soll.

Mehr Standards, Schulautonomie und externe Prüfungen:

Empirische Forschung zeigt, dass Schulsysteme mit wettbewerblichen Elementen wie Schulautonomie und externen Prüfungen deutlich bessere Ergebnisse erzielen. Ein Wettbewerbsrahmen ist daher der erfolgversprechendste Hebel zur Verbesserung der Bildungsleistung. Wichtige Elemente für mehr Wettbewerb im Schulsystem sind Bildungsstandards und externe Prüfungen. Bildungsstandards legen fest, welche Kompetenzen fächerspezifisch wann erlernt sein sollen, und ermöglichen Vergleiche über Schulen und Bundesländer hinweg. Dabei sollen auch Schulen in freier Trägerschaft als Ergänzung und zur Entlastung staatlicher Schulen gefördert werden.

Mehr Vergleichsarbeiten:

Um künftig die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler besser vergleichen und gezielt fördern zu können, sollten mehr Vergleichsarbeiten stattfinden und die Evaluation computer- und informationsbezogener Kompetenzen ausgeweitet werden.

Wettbewerbsgedanken voranbringen:

Die Abschaffung der Bundesjugendspiele in ihrer bisherigen Form ist ein Fehler. Kinder und Jugendliche messen sich gerne und Wettbewerbe schaffen Anreize sich anzustrengen, schärfer den Ehrgeiz und helfen, die eigenen Talente zu entdecken. Damit sind sie eine gute Vorbereitung auf den späteren Einstieg ins Berufsleben. Es braucht daher nicht weniger, sondern mehr Schülerwettbewerbe, verteilt über alle Fachrichtungen.

Wirtschaftskompetenz schon in der Schule entwickeln:

Die Schule soll aufs Leben vorbereiten. In den bisherigen Lehrplänen kommen Kenntnisse wirtschaftlicher Zusammenhänge und des Unternehmertums zu wenig vor. Wenn wir eine

Nation von Gründern sein wollen, sollte Unternehmertum in Schule gelehrt und geübt werden. Schulfach Wirtschaft, verbindliche Schülerpraktika in Unternehmen und Förderung eigener Schüler-Unternehmen sollten in die Curricula aller weiterführenden Schulformen aufgenommen werden.



Bürokratie & Digitalisierung



Ein Zuviel an Bürokratie und Regulierung behindert das Funktionieren des Staates. Deutschland muss dringend Bürokratie abbauen. Gleichzeitig müssen wir bei der Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen und der Nutzung öffentlicher Daten vom Status des Entwicklungslandes an die Europaspitze kommen. Auch muss der Trend gestoppt werden, zunehmend Verwaltungskosten, durch immer umfangreichere Berichts- und Informationspflichten sowie Aufgaben zur Umsetzung staatlicher Regeln, auf Unternehmen abzuwälzen. Viele Mittelständler verzweifeln inzwischen so sehr, dass sie auch wegen der Bürokratie ans Aufgeben denken. Es gilt der Satz: „Ich kann meine Unternehmen nur noch betreiben, ohne alle Regeln zu erfüllen, oder ich kann es gar nicht mehr betreiben“ Inzwischen stellt die Bürokratie ein ernsthaftes Investitionshemmnis dar. Die Regel „one in, one out“, also pro neue Regulierung eine andere abzuschaffen, erhält nur den Status quo.

Unsere Ziele:

Die Gesetzgebungsverfahren müssen strukturell geändert werden, um Bürokratie gar nicht erst entstehen bzw. sich schnell wieder entfalten zu lassen. Die Potenziale der Digitalisierung müssen zur Entlastung von Unternehmen und Bürgern viel stärker genutzt werden.

Unsere Vorschläge:

Genehmigungsverfahren reduzieren und beschleunigen:

„Deutschland-Geschwindigkeit“ sollte für schnellere Verfahren als in anderen Ländern stehen, nicht für deutlich

langsamere. Vor allem Planungs- und Genehmigungsverfahren sind kaum mehr ohne anwaltliche Begleitung möglich. Was wir brauchen, sind die Reduzierung von Planungsstufen, voll-

ständig digitalisierte Abläufe, die konzentrierte Bürgerbeteiligung am Anfang und einen effektiven und effizienten Rechtsschutz durch schnelle Gerichtsverfahren, die internationalen Standards entsprechen.

Belastungsmoratorium umsetzen:

Die Bundesregierung hat ein Belastungsmoratorium beschlossen. Die Regierung will dabei „keine Maßnahmen unterstützen oder auf den Weg bringen, die mit einem unverhältnismäßigen zusätzlichen Bürokratieaufwand für Mittelstand, Handwerk oder Industrie verbunden sind“, hatte Finanzminister Christian Lindner 2022 verkündet. Diese Worte gilt es, mit Leben zu füllen. Der Koalitionsvertrag und die Regierungspraxis sprechen in vielen Punkten eine andere Sprache: Weitere Verschärfungen im Tarifrecht durch Vergabevorschriften, neue Bürokratie in der Betriebsverfassung, Beschränkungen im Arbeitszeitrecht. Auch das seit Anfang des Jahres in Kraft getretene Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz haben die Belastungen für Unternehmen erhöht. Es drohen weitere Belastungen statt Entlastungen.

Bürokratie-TÜV aufbauen:

Der Normenkontrollrat muss deutlich aufgewertet werden: Als unabhängige Behörde, wie der Bundesrechnungshof, oder als Parlamentsbeauftragter muss er eine Art Bürokratie-TÜV werden, der nicht nur Regierungsentwürfe bewertet, sondern auch die Vorschläge von der EU und aus dem Bundestag auf ihre Bürokratielasten überprüft. In einem jährlichen Bürokratiebericht soll er die Effekte von Bürokratie beziffern, transparent machen und konkrete Abbauvorschläge liefern. Er soll die Expertise von Praktikern in seine Arbeit verpflichtend einbauen.

Gesetze mit Verfallsdatum:

Jedes Gesetz soll ein automatisches Verfallsdatum und eine Evaluationspflicht haben. Der Bundestag kann dann evidenzbasiert entscheiden, ob er das Gesetz auslaufen lässt oder in angepasster oder bestehender Form neu erlässt.

Neue Bürokratie nur mit weniger alter Bürokratie:

Aus one-in-one-out muss one-in-two-out werden. Für jede neue bürokratische Auflage müssen zwei gleich belastende gestrichen werden. Die Abschaffung von Regulierungen muss zum messbaren strategischen Ziel jedes Ministeriums und jedes Ministerialbeschäftigten werden. Die Erfolge oder Misserfolge müssen transparent gemacht werden.

Weniger Beamte = weniger Bürokratie:

Politische und inhaltliche Schwerpunkte ändern sich. Aber es dürfen nicht nur neue Prioritäten gesetzt werden, sondern es müssen auch bisherige Schwerpunkte aufgegeben werden. Zusätzliche Beamte schaffen zusätzliche Bürokratie. Das muss durchbrochen werden. Außerhalb der Sicherheitsbehörden, der Richterstellen und Bundeswehr darf in der Bundesverwaltung nur noch jede zweite freiwerdende Stelle neu besetzt werden. Nur so kann die über Jahre aufgeblähte Bundesverwaltung spürbar reduziert werden. Die weitgehend symbolischen, aber trotzdem teuren Stellen für parlamentarische Staatssekretäre sollen auf einen pro Ministerium reduziert und dafür mit echter Exekutivmacht als stellvertretende Minister aufgewertet werden. Regierungsbeauftragte sollen keine zusätzlichen externen Politiker oder andere Repräsentanten werden, sondern nur noch die ohnehin dafür zuständigen Führungskräfte bei den Ministerialbeschäftigten. Verbeamtungen sollen nur noch erfolgen, wenn dafür

eine versicherungsmathematisch korrekte und testierte Pensionsrückstellung gebildet wird, anderenfalls sollen neue Mitarbeiter nur angestellt werden.

eGovernment zum Durchbruch verhelfen:

Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) ist klar gescheitert. Hier sollten bis Ende 2022 exakt 575 definierte Verwaltungsdienstleistungen bundesweit einheitlich digitalisiert werden. Geschafft wurden bisher nur 136. Der Fehlschlag in der OZG-Umsetzung hat auch konzeptionelle Gründe. Überwiegend haben Bund, Länder und Kommunen versucht, historisch gewachsene analoge Behördenvorgänge mit Online-Masken für den Nutzer zu versehen, statt die Digitalisierung für eine grundlegende Neukonzeption der Verwaltungsvorgänge in der digitalen Welt zu nutzen. Plattformlösungen, die weitgehend automatisierte Abläufe und intelligente Verfahren beinhalten, würden ein eGovernment aus einem Guss mit Vereinfachungen und Einsparungen auch in den Verwaltungen erlauben. Hierfür müssten bundeseinheitliche Lösungen entwickelt werden, wovor man aus föderaljuristischen Gründen offenbar zurückschreckt. Kritiker monieren, dass die Übertragung analoger behördlicher Abläufe auf Online-Portale ohne einheitliche Digitallösungen im Hintergrund nur Stückwerk bleibt und den verwal-

tungsseitigen Aufwand sogar erhöhen kann, was angesichts der wachsenden Fachkräfteengpässe äußerst problematisch ist. Die Problemlage ist also klar – die Lösung wartet auf Umsetzung.

Berichts- und Statistikpflichten reduzieren:

Unternehmen sollen dem Staat nur noch solche Informationen liefern müssen, die nicht ohnehin schon bei öffentlichen Stellen gespeichert sind. Ansonsten ist der Staat verpflichtet, sich die Daten aus den öffentlichen Registern zu holen. Außerdem soll es für verpflichtend einzuholende Informationen vom Staat eine Entschädigung für den Bürokratieaufwand im Unternehmen geben.



Aktionsprogramm der
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Impressum

Herausgeber:
INSM Initiative neue Soziale
Marktwirtschaft GmbH,
Georgenstraße 22, 10117 Berlin

Geschäftsführer:
Thorsten Alsleben

Kontakt:
info@insm.de

Redaktion & Grafik:
INSM Initiative Neue Soziale
Marktwirtschaft GmbH

Erstveröffentlichung: Oktober 2023
Aktualisierte Fassung: Januar 2024

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzung für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.